

◀ Das ist wirklich eine gesellschaftliche Aufgabe. Es geht aber auch darum, bürokratische Hindernisse abzubauen, dass die Menschen ihren eigenen Fähigkeiten nachgehen können.

Sie appellieren also an die Eigenverantwortung?

Ja, verstärkt nach 65.

Abbau von Bürokratie, jeder ist für sich selbst verantwortlich – für mich klingt das fast nach Donald Trump.

Du meine Güte, nein! Ich habe ein Weltbild, das den einzelnen Menschen ernst nehmen soll, dass der einzelne Mensch nach seinen Stärken und Interessen und Fähigkeiten leben kann. Eine Gesellschaft soll dies fördern. Und das bedeutet den Abbau von Bürokratie. Das ist für mich der Inbegriff von liberal. Ich habe ein liberales Weltbild.

Aber in liberal oder neoliberal geführten Staaten werden die Menschen mit Zeitverträgen ausgenutzt, herrschen teilweise wie bei Amazon oder Uber sklavenartige Zustände für Arbeitnehmer.

Ich denke Eigenverantwortung eben viel breiter, ich denke das auch politisch. Jetzt komme ich wieder zur direkten Demokratie und zum Föderalismus. Der sollte noch viel weiter gehen.

Das müssen Sie näher erklären.

Die staatliche Gewalt müsste bei viel kleineren Einheiten liegen. Konkret bedeutet dies, dass die Menschen an ihrem Wohnort auch für diesen verantwortlich sind und die Entscheidungen, was damit geschieht, im Kleinstquartier selbst verantworten. Teilweise könnten dies auch Genossenschaften übernehmen.

Also Müllabfuhr, Schulsystem, Abwasser, Einkaufsmöglichkeiten, Strom, Polizei, Strassenbeleuchtung – alles selbst organisieren?

Genau! Sehen Sie, die Schweiz mit ihrem föderalistischen System ist weltweit eines der am besten funktionierenden Länder überhaupt. Bei uns geht wie gesagt das Einkommensniveau nicht so auseinander wie in angelsächsischen Ländern oder auch in Frankreich oder Deutschland. Das liegt mit daran, dass sich die Menschen engagieren und in ausgewogene politische Prozesse einbezogen sind. Zu dem, worüber man Verantwortung trägt, trägt man Sorge: Wenn alle mitbestimmen können, stellt sich ein Gleichgewicht ein. Dieses föderalistische System wäre noch kleinteiliger gedacht, noch viel erfolgreicher.

Ich kann mir da nur schon mit der Stromversorgung Probleme vorstellen: Wer baut sich schon freiwillig ein AKW ins Quartier?

Nun, dann würde die Gemeinschaft eben eine andere Lösung finden und Land bereitstellen, um darauf Solarstrom zu produzieren. Das ist genau die Flexibilität, die immense Vorteile mit sich bringen würde.

Womit würde das bezahlt?

Man müsste, ähnlich wie ein Gemeinderat, politische Einheiten bilden, nur noch kleinere, als dies bei Gemeinden der Fall ist. Diese politischen Einheiten würden Steuern erheben und diese selbst verwalten.

Machen Sie ein Beispiel?

Natürlich. Nehmen Sie einen beliebigen Schweizer See. Da müssten doch die anstossenden Gemeinden in den verschiedenen Kantonen eine Gemeinschaft bilden, um über die Kontrolle von Wasserqualität, Fischbestand, Naherholungsgebietspflege, Nutzung etc. zu entscheiden. Halt die, die es etwas angeht.

Was versprechen Sie sich sonst noch von dieser Kleinteiligkeit?

Lokale Arbeitsplätze, politische Identifizierung der Menschen mit ihrer lokalen Gemeinschaft, ein gestärktes soziales Gefüge. Es gäbe so auch keine solche Machtverteilung mehr auf der Seite global agierender Grosskonzerne. Ausserdem entstünden riesige Einsparungen auf Staatsebene, mehr Effizienz. Und schlicht: mehr Glück für die Menschen.

Stichwort Glück: Sie haben auch ökonomische Glücksforschung betrieben – ist Glück messbar?

Absolut. Menschen, die mitbestimmen können, die eine vernünftige Arbeit haben, die soziale Kontakte leben und in einigemmassen stabilen politischen Verhältnissen leben, bezeichnen sich gemeinhin als glücklich. Die Schweiz ist in Umfragen übrigens Spitzenreiter, was die Glücklichkeit der Bewohner betrifft.

Ja, die Schweiz gilt als Paradies – so sehr, dass viele hierherziehen wollen. Ich denke insbesondere an Flüchtlingsströme.

Unser Umgang mit Flüchtlingen ist schrecklich. Diese unfassbaren Tragödien im Mittelmeer. Und wenn sie da sind, warten sie monatelang auf Abklärungen, dürfen nicht arbeiten, verursachen unfreiwillig Kosten, die den Einheimischen wiederum sauer aufstossen. Da sind soziale Probleme vorprogrammiert. Dabei wäre es so einfach, diese Probleme ökonomisch zu lösen.

«Es ist leider eine traurige Realität, dass man nie allen helfen kann»

Bruno S. Frey



Einfach? Wie denn?

Es kommen ja diejenigen, die sich Schlepper leisten können. Nun könnte die Schweiz einfach sagen: Wer einen Anteilschein an der Schweiz erwirbt, für den organisieren wir den Flug, der kann kommen. So würden kriminelle Schlepperorganisationen ausgebootet – und die Tragödie auf dem Mittelmeer verhindert.

Flüchtlinge müssten sozusagen einen Eintrittspreis für die Schweiz zahlen?

Genau. Dafür dürften sie sofort arbeiten, Geld verdienen, müssten aber auch Steuern bezahlen. Und wenn sie wieder ausreisen wollen, würden sie das Geld zurückerhalten. Da hätten sie gleich einen Anreiz, in ihrem Heimatland wieder etwas aufzubauen. Es wäre ein Gewinn für die Schweiz, ein Gewinn für die Flüchtlinge, ein Gewinn für die Herkunftsländer.

Und die armen Kerle, die sich das nicht leisten können?

Sehen Sie, die schaffen es heute auch nicht hierher. Und es ist leider traurige Realität, dass man nie allen helfen kann.